

Aaron Tauss

Venezuela: Die „bolivarianische Revolution“ in der Krise

Drei Jahre nach dem Ableben von Hugo Chávez steckt die „bolivarianische Revolution“ in Venezuela in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Mit dem Sieg bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 hat das bürgerliche Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática („Runder Tisch der Demokratischen Einheit“), das in erster Linie die Interessen der alteingesessenen Oligarchie und des transnationalen Kapitals vertritt, dem Chavismus seine bisher bitterste politische Niederlage zugefügt. Ausgestattet mit einer Zweidrittelmehrheit in Venezuelas Nationalversammlung ist sie nun mehr denn je bemüht, der Regierung von Nicolás Maduro mittels eines Referendums zur Amtsenthebung ein verfrühtes Ende zu setzen und den von Hugo Chávez angestoßenen Umverteilungs- und Ermächtigungsprozess der vergangenen 17 Jahre umzukehren.

Der Hauptgrund für die Wahlniederlage der Regierung ist Venezuelas aktuelle wirtschaftliche und soziale Krise. Hyperinflation, Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln und Medikamenten, Strom- und Wasserrationierung und eine steigende Kriminalität machen vor allem den Alltag der Armen und Mittelschicht zunehmend beschwerlich. Laut den Zahlen der Zentralbank ist Venezuela mit 180,9 Prozent weltweit das Land mit der höchsten Inflation. Das Bruttoinlandsprodukt ging im dritten Quartal des Vorjahres um 7,1 Prozent zurück, während die Regierung zum fünften Mal in Folge ein zweistelliges

Haushaltdefizit einführte. Hinzu kommen die wachsende Auslandsverschuldung, dahinschmelzende Devisenreserven und eine milliardenschwere Kapitalflucht. Angesichts des anhaltend niedrigen Ölpreises und der politisch angespannten Lage könnte sich Venezuelas wirtschaftliche und soziale Krise in diesem Jahr noch verschärfen.

Ähnlich wie die restlichen Länder der Andenregion ist Venezuelas Wirtschaft sehr stark vom Rohstoffexport und somit von internationalen Preisentwicklungen abhängig (Becker u.a. 2013). Im vergangenen Jahr betrug der Anteil des Erdöls an den Gesamtexporten 91,6 Prozent. Der Hauptakteur der venezolanischen Wirtschaft ist das Staatsunternehmen PDVSA, Lateinamerikas größte Erdölgesellschaft. Die extreme Abhängigkeit von der Erdölrente bedeutet einerseits, dass sich ein drastischer Preisverfall auf internationaler Ebene rasch negativ auf die Staatsfinanzen auswirkt. Hinzu kommt, dass durch den extremen Fokus auf den Rohstoffexport historisch gesehen die Landeswährung überbewertet ist, wodurch Importe begünstigt und die industrielle Produktion gehemmt werden (Becker 2010).

Mit den Erdöleinnahmen importiert Venezuela vor allem Industriegüter, Maschinen, Elektrogeräte, aber auch Lebensmittel und Medikamente. Im Importsektor spielen private Unternehmen eine wichtigere Rolle als im staatlich dominierten Exportsektor. Auf diese entfällt

etwa die Hälfte des Volumens der ins Land gebrachten Waren. Darunter sind auch einheimische Konglomerate und multinationale Konzerne. Trotz der anhaltenden politischen Spannungen der vergangenen Jahre sind die USA Venezuelas wichtigster Handelspartner, gefolgt von China, Indien, Brasilien und Kolumbien.

Veränderungen im Chavismus

Entscheidend für das Verständnis der Krise sind jedoch nicht nur die strukturellen Probleme, die die Wirtschaft des Landes schon seit jeher prägen, sondern auch der sozio-ökonomische und politische Transformationsprozess, der seit dem Amtsantritt von Präsident Hugo Chávez in Gang gesetzt wurde. Zuvor hatten sich über vier Jahrzehnte die bürgerlichen Großparteien die politische Macht in einer paktierten liberalen Demokratie aufgeteilt. Als dieses System der „Vierten Republik“ Ende der 1980er Jahre in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise stürzte, wurden die Rufe nach grundlegenden Veränderungen im Land immer lauter. Der Wahlsieg von Chávez Ende 1998 stellte eine entscheidende Zäsur in der Geschichte Venezuelas dar.

Einmal im Amt brachte die neue Regierung rasch einen Verfassungsprozess auf den Weg und begann mit der Renationalisierung des Erdölsektors und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Grundlage hierfür war, dass die Kontrolle über den staatlichen Erdölsektor erlangt wurde. Nur durch den Zugriff auf die Exporteinnahmen war es der Chávez-Regierung ab 2003 möglich, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Programme für Armutsbekämpfung und soziale Sicherheit („misiones bolivarianas“) zu finanzieren (Zelik 2012). Laut dem Nationalen Statistikinstitut (INE)

sind Venezuelas Sozialausgaben seit 1999 im Durchschnitt achtmal höher als jene der Vorgängerregierungen. Der Anteil der Armen an der Bevölkerung sank von 50 Prozent bis auf 25,4 Prozent im Jahr 2012. Seit einem Anstieg auf 32,1 Prozent im Jahr 2013 stehen allerdings keine offiziellen Zahlen mehr zur Verfügung. Soziale Indikatoren wie der die Ungleichheit messende Gini-Koeffizient und der von den Vereinten Nationen entworfene Index für humane Entwicklung (HDI) listen Venezuela heute als eines der am weitesten entwickelten und sozial ausgeglichsten Länder Lateinamerikas (CEPAL 2015).

Trotz der sozialen Errungenschaften war die „bolivarianische Revolution“ bislang jedoch nicht in der Lage, das vom Erdöl abhängige Rentenmodell zu überwinden und die Wirtschaft zu diversifizieren. Das betrifft insbesondere den Bereich der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion. Ganz im Gegenteil hat sich unter den chavistischen Regierungen die Abhängigkeit vom Erdöl noch verstärkt. Auch die Lebensmittelimporte stiegen an, während gleichzeitig die nationale Produktion von Grundnahrungsmitteln zurückging (Gonzalez 2016). Versuche der Chávez-Regierung, seit 2007 mittels Verstaatlichungen oder Enteignungen und der verstärkten Gründung von Kooperativen die produktiven Kapazitäten in industriellen Schlüsselsektoren und in der Landwirtschaft zu erhöhen, scheiterten meist an Korruption, administrativer Ineffizienz und am Widerstand des staatlichen Personals (Becker u.a. 2013; Ellner 2013; Azzellini 2010). Von Klientelpolitik gehemmt, sind die meisten Staatsunternehmen heute hoch verschuldet und nicht rentabel. Es hat in den vergangenen Jahren auch keine wirklichen Fortschritte in Richtung eines alternativen, solidarischen und auf Selbstverwaltung basierenden

Wirtschaftsmodells gegeben, das den kapitalistischen Rentismus in Zukunft zu ersetzen vermag. Die von Chávez dafür vorgesehenen Kommunen und Genossenschaften sind weder in der Lage einen relevanten Teil der für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Güter zu produzieren noch zu einem Industrialisierungsprozess von der Basis her beizutragen (Sutherland 2016a).

Venezuelas wirtschaftliche Krise

Seit dem Ableben von Hugo Chávez sind die strukturellen Schwächen des Rentenmodells und die Defizite des bolivarianischen Transformationsprozesses noch stärker hervorgetreten. Latente Dauerprobleme wie der Devisen- und Importbetrug, Finanzspekulation, Kapitalflucht, das Horten, der Wiederverkauf und der Schmuggel von subventionierten Waren ins Ausland haben sich unter Präsident Maduro und mit dem Verfall des Ölpreises ab Juni 2014 verschärft. Dessen Regierung führt die daraus resultierende Krise mit Inflation, Versorgungsengpässen, Produktionsproblemen und Importrückgängen auf einen von der Oligarchie und den USA initiierten Wirtschaftskrieg zurück, der darauf abziele, die bolivarianische Revolution politisch und wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Demgegenüber verorten die Opposition und internationale Medien den Ursprung der Krise ausschließlich in einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Die prekäre wirtschaftliche Lage sei die Folge von Unvermögen, staatlicher Intervention in den „freien“ Markt, Misswirtschaft und Korruption. Es stellt sich jedoch heraus, dass Venezuelas Probleme weder ausschließlich auf einen politisch motivierten „Wirtschaftskrieg“ noch auf das alleinige Versagen der chavistischen Politik zurückzuführen sind.

Spätestens seit dem gescheiterten Putschversuch gegen Präsident Chávez im April 2002 verfolgen die USA und die venezolanische Oligarchie das Ziel, das bolivarianische Projekt zu beenden. Interne US-Regierungsdokumente aus dem Jahr 2006 belegen, dass die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) mittels einer „Fünf-Punkte-Strategie“ versuchte, die politische Basis des Chavismus zu spalten und die Regierung international zu isolieren (Wikileaks 2006). Die Versorgungsengpässe, die besonders vor Wahlgängen noch akuter werden, fördern nicht nur die Unzufriedenheit der ärmeren Bevölkerungsschichten, sondern deuten auch darauf hin, dass hiermit seitens privatwirtschaftlicher Unternehmen, wie dem Lebensmittelriesen Polar, politische Ziele verfolgt werden. Die Situation verschärft sich auch noch zusätzlich dadurch, dass die Bevölkerung vor Wahlen aus Angst vor unsicheren Zeiten im Falle eines Regierungswechsels Hamsterkäufe tätigt.

Einen entscheidenden Beitrag zur aktuellen Krise leistet zudem der Schwarzmarktdollar. Im Zuge der Übernahme des staatlichen Ölkonzerns führte die Chávez-Regierung im Februar 2003 Kapitalverkehrskontrollen ein, um der Kapitalflucht und der Spekulation gegen die nationale Währung Einhalt zu gebieten. Zusätzlich wurde der Handel mit Devisen mittels Umtauschbeschränkungen reguliert, was die Entstehung eines Schwarzmarktes zur Folge hatte. Zur gleichen Zeit setzte die Regierung einen zweigleisigen und verteilungspolitisch motivierten offiziellen Dollar-Wechselkurs fest, der vor allem den Import von Nahrungsmittel und Medikamente künstlich verbilligen und somit den ärmeren Bevölkerungsschichten eine Grundversorgung garantieren sollte – eine Maßnahme, die den Schwarzmarkthandel noch weiter anregte. Die Differenz

zwischen dem offiziellen Kurs und eben jenem Schwarzmarktdollar machte Finanzspekulation, Devisenbetrug und den illegalen Wiederkauf von Waren erst lukrativ. Entscheidend ist jedoch die Frage, wie der Schwarzmarktkurs eigentlich festgesetzt wird.

Seit Mitte 2010 wird der Wechselkurs auf der Internetplattform „Dolar Today“ veröffentlicht, die von einem ehemaligen venezolanischen Oberst von den USA aus betrieben wird (Weisbrot 2016). Grundlage für die Berechnung ist der Wechselkurs zwischen dem kolumbianischen Peso und dem US-Dollar und der zwischen dem kolumbianischen Peso und dem venezolanischen Bolivar. Was daraus resultiert, ist ein völlig realitätsfremder und utopischer Preis für den Schwarzmarktdollar, der jedoch in Venezuela ganz konkrete materielle Auswirkungen hat. Das Willkürliche an der Berechnung ist, dass für die Bestimmung des Wechselkurses zwischen Peso und Bolivar der informelle Kurs in der venezolanisch-kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta herangezogen wird (Dolar Today 2016).

Nach der Liberalisierung des Finanzmarktes in Kolumbien Ende der 1990er Jahre ist es den Wechselstuben erlaubt, unabhängig von der kolumbianischen Zentralbank, die Kurse festzusetzen. Dies hatte in den vergangenen Jahren – und verstärkt nach dem Tod von Chávez – zur Folge, dass der Bolivar stark abgewertet wurde, wodurch die Attraktivität des Warenschmuggels noch zusätzlich stieg (Valdez 2015). Weil die Abwertung direkt in die Berechnung des Wechselkurses einfließt, ist der Schwarzmarktdollar in Venezuela um 219 Prozent (Stand: 22.4.2016) überbewertet. Da aber der US-Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt als Referenz für das Festsetzen der Preise der meisten Waren in Venezuela herangezogen wird, steigen auf Basis einer politisch motivierten

Berechnung und dank des wirtschaftlich rationalen Handelns der involvierten Akteure die Preise (Curcio 2015). Eine genaue quantitative Bestimmung des Einflusses des Schwarzmarktwechselkurses auf die Inflation ist aufgrund des fehlenden Datenmaterials allerdings schwierig. Die Wechselkursmanipulation stellt somit eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Ursache für Venezuelas hohe Inflationsrate und die Versorgungsgänge dar.

Drastischer als noch vor ein paar Jahren macht sich nun die Abhängigkeit Venezuelas von den Erdöldevisen bemerkbar. Nach dem starken Fall des Erdölpreises sind die Exportnahmen um fast zwei Drittel eingebrochen. In der Folge fielen die Importe um mehr als die Hälfte, was vor allem bei Lebensmitteln und Medikamenten die Engpässe verschärfte. Auf die durch die Beibehaltung der Sozialprogramme entstehenden Budgetdefizite reagierte die Regierung Maduro mit frischem Geld (Álvarez 2016). Die Ausweitung der Geldmenge bei gleichzeitigem Rückgang der Importe und wachsender Kapitalflucht tragen einen wichtigen Teil zu den Preissteigerungen bei (Sutherland 2016b). Die hohe Inflation begünstigt so vor allem jene Unternehmen bzw. korrupte Staatsbedienstete, die Zugang zu „billigen“ Devisen haben.

Es zeigt sich, dass die wirtschaftliche Krise in Venezuela nicht einfach mit den herkömmlichen Erklärungsmustern monetaristischer und keynesianischer Theorien analysiert werden kann. Sie hat vielmehr sowohl strukturell bedingte als auch konjunkturelle Ursachen. Diese sind einerseits Resultat ökonomischer Gesetzmäßigkeiten als auch Folge bewussten politisch motivierten Handelns und verfehlter Regierungspolitik. Festzuhalten ist, dass auf Grundlage der existierenden Strukturen das individuelle Gewinnstreben, ob beim Schwarzmarkthändler, Großunternehmer

oder korruptem Beamten, neue Strukturen schafft, die die Umverteilungspolitik und den Demokratisierungsprozess der „bolivarianischen Revolution“ entscheidend hemmen.

Kritik von links

Spätestens seit der Wahlniederlage werden auch die kritischen Stimmen innerhalb der Linken immer lauter. Am deutlichsten hat bis dato das trotzkistische Kollektiv *Marea Socialista* Kritik geäußert und sich als neue politische Alternative positioniert. Als ehemaliges Mitglied des chavistischen Wahlbündnisses sagte sich die Bewegung im vergangenen Jahr von der Regierung los und fordert mittlerweile offen den Rücktritt von Präsident Maduro. Ihr politischer Kampf richtet sich sowohl gegen die rechte Opposition als auch gegen die sich neu formierte „Bolibourgeoisie“ innerhalb der staatlichen Bürokratie. Es geht dabei vor allem die demokratische und partizipative Wiederbelebung einer popularen und kritischen Bewegung, die die revolutionäre Transformation des Landes hin zu einer sozialistischen Alternative von unten voranzutreiben vermag (María/Romero 2016).

Mit seiner Abkehr von beiden politischen Lagern steht das Kollektiv jedoch nicht alleine da. Allgemein betrachtet hat sich seit dem Tod von Hugo Chávez eine wachsende Zahl der venezolanischen Bevölkerung von der Regierung und von der Opposition distanziert. Vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten, die die „bolivarianische Revolution“ seit dem Putschversuch politisch getragen hatten, haben der Maduro-Regierung in den vergangenen Jahren zunehmend den Rücken gekehrt. Obwohl der Wahlausgang in der bürgerlichen Presse meist vorschnell als Anfang vom Ende der „bolivarianischen

Revolution“ oder als „Abschied vom Sozialismus“ gedeutet wurde, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass die Opposition im Vergleich zu den vorigen Präsidentschaftswahlen vor drei Jahren nur fünf Prozent an Stimmen dazugewinnen konnte. Gleichzeitig verlor das chavistische Lager fast zwei Millionen Wähler und Wählerinnen, was einem Rückgang von 26 Prozent bedeutet. Auffallend war vor allem auch die Verzehnfachung der ungültigen Stimmen, was als Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit und den Protest gegen die aktuelle bipolare Konfrontation interpretiert werden kann.

Nach der Wahlniederlage versucht die Maduro-Regierung nun verstärkt, Venezuelas extraktivistisches Modell zu diversifizieren. Multinationalen Unternehmen wird in diesem Zusammenhang zunehmend der Zugang zum venezolanischen Markt eröffnet. Insgesamt sollen 12 Prozent des gesamten Territoriums in den nächsten Jahren für den Abbau von Kohle, Gold, Diamanten, Kobalt oder Marmor freigegeben werden (Koerner 2016). Zudem sollen die produktiven Kapazitäten des Landes durch kommunale und populäre Initiativen mit dem Ziel gestärkt werden, die Importabhängigkeit zu verringern – eine Initiative, die womöglich schon zu spät kommt.

Literatur

- Álvarez, Víctor (2016): *Lo que está en juego no es la continuidad de un gobierno sino la viabilidad de la Nación*. URL: anros.org/index.php/golpe-de-timon/442-golpedetimon-victoralvarez-lo-que-esta-en-juego-no-es-la-continuidad-de-un-gobierno-sino-la-viabilidad-de-la-nacion, Zugriff: 23.4.2016.
- Azzellini, Dario (2010): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*, Hamburg.

- Becker, Joachim (2010): Lateinamerika zwischen Krise und Boom. In: *Kurswechsel* 4/2010: 79-84.
- /Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2013): Die Weltfinanzkrise in Lateinamerika: Fragile Stabilität? In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6, Supplement 1: 141-160.
- CEPAL (2015): *Panorama social de América Latina y el Caribe 2015*. URL: cepal.org/es/publicaciones/panorama-social-america-latina-2015-documento-informativo, Zugriff: 23.4.2016.
- Curcio, Pasqualina (2015): *Desabastecimiento e inflación en Venezuela*. URL: idea.gob.ve/admin/img_noticias/desa.pdf, Zugriff: 23.4.2016.
- Dolar Today (2016): *¿Cómo calculamos el valor del Dólar?* URL: dolar.today.com/precio/, Zugriff: 23.4.2016.
- Ellner, Stephen (2013): Social and Political Diversity and the Democratic Road to Change in Venezuela. In: *Latin American Perspectives* 40(3): 63-82.
- Gonzalez, Max (2016): *Rebuilding the Bolivarian Revolution*. URL: jacobinmag.com/2016/03/venezuela-chavez-maduro-mud-elections/, Zugriff: 23.4.2016.
- Koerner, Lucas (2016): *Venezuelan Social Movements Rally against Open-Pit Mining in the Orinoco Arc*. URL: <http://venezuelanalysis.com/news/11917>, Zugriff: 23.4.2016.
- Maria, Eva/Romero, César (2016): *Chavismo from below*. URL: jacobinmag.com/2016/04/chavez-maduro-venezuela-mud-psuv/, Zugriff: 23.4.2016.
- Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD, 2016): *Informe sobre Desarrollo Humano 2015*. URL: hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report_overview_-_es.pdf, Zugriff: 23.4.2016.
- Sutherland, Manuel (2016a): *La crisis económica explotará en 2016*. URL: marxismocritico.com/2016/01/08/la-crisis-economica-explotara-en-2016/, Zugriff: 23.4.2016.
- Sutherland, Manuel (2016b): *Causas reales de la inflación. La crisis y la alocada emisión de dinero (VZLA, AL, EEUU)*. URL: alemciso.wordpress.com/2016/03/29/causas-reales-de-la-inflacion-la-crisis-y-la-alocada-emision-de-dinero-vzla-al-eeuu/, Zugriff: 23.4.2016.
- Valdez, Juan Carlos (2015): *Es un error atacar la Resolución Externa número 8 del Banco de la República de Colombia*. URL: aporrea.org/internacionales/a213958.html, Zugriff: 23.4.2016.
- Weisbrot, Mark (2016): *In Venezuela, Dismantling a Weapon of Mass Destruction*. URL: nacla.org/news/2016/03/21/venezuela-dismantling-weapon-mass-destruction, Zugriff: 23.4.2016.
- Wikileaks (2006): „USAID/OTI Programmatic Support for Country Team 5 Point Strategy“. URL: wikileaks.org/plusd/cables/06CARACAS3356_a.html, Zugriff: 23.4.2016.
- Zelik, Raul (2012): Sozialdemokratie unter radikalen Vorzeichen? – Südamerikas „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. In: *Le Monde Diplomatique*, 12.10.2012. URL: raulzelik.net/venezuela-texte/399-sozialdemokratie-unter-radikalen-vorzeichen-suedamerikas-sozialismus-des-21-jahrhunderts-essay-le-monde-diplomatique-oktober-2012, Zugriff: 23.4.2016.